

Stand: 04.04.2026 20:09:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9231

"Sonderprogramm "Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug" schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9231 vom 01.12.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 59 vom 02.12.2015
3. Mitteilung 17/15770 vom 23.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, analog zum Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“, ein Konzept für ein Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ vorzulegen.

Der Freistaat Bayern stellt den Trägern der Freiwilligendienste Mittel für die Schaffung von bis zu 1.500 Einsatzstellen zur Verfügung. Zusätzlich sind Intensivsprachkurse zu Dienstbeginn sowie einsatzbegleitende Maßnahmen zur Erlangung beziehungsweise Verbesserung deutscher Sprachkenntnisse zu finanzieren.

Erforderlichenfalls legt die Staatsregierung dem Landtag einen Vorschlag zur Sicherstellung der Finanzierung vor.

Begründung:

Am 24. November 2015 hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig das Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ vorgestellt. Der Bund stellt bis zu 10.000 zusätzliche Bundesfreiwilligendienstplätze zur Verfügung, die außer für deutsche Freiwillige auch offen sind für Asylberechtigte, Personen mit internationalem Schutz nach der Richtlinie 2011/95/EU und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist.

Durch die Ausweitung des Freiwilligen Sozialen Jahrs werden verschiedene Ziele erreicht: Zum einen wird vorhandenes Potenzial der teilnehmenden Flüchtlinge erschlossen und ein Beitrag zu deren Integration in Deutschland geleistet. Zum anderen wird durch die Einbindung von Flüchtlingen die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Bevölkerung gesteigert. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Betreuung und Unterstützung für Asylbewerber und Flüchtlinge zu erwarten. Nicht zuletzt stellt die Schaffung zusätzlicher Freiwilligendienststellen eine dringend notwendige Entlastung und Unterstützung der ehrenamtlich in diesem Bereich Engagierten dar.

In Bayern besteht großes Interesse an einem Ausbau der Freiwilligendienste. So hatte sich der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, Martin Neumeyer, bereits im Juni presseöffentlich für eine Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes auf die Flüchtlingshilfe ausgesprochen.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, den Trägern der Freiwilligendienste die Schaffung von Einsatzstellen über ein Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ zu ermöglichen. Bei der konzeptionellen Ausgestaltung sollte sich die Staatsregierung an den Eckpunkten des Sonderprogramms „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ orientieren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Professor Gantzer. – Herr Dr. Herrmann, bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Jede Fraktion kann Anträge stellen. Wir haben den Antrag heute als Dringlichkeitsantrag gestellt, weil Sie, lieber Herr Kollege, genau wissen, dass wir keine Sitzung mehr vor Weihnachten haben. Da dieses Thema jedoch wichtig ist, wollen wir ein deutliches Signal Richtung Brüssel senden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir hätten eine Sondersitzung machen können! – Widerspruch bei der CSU)

– Lieber Herr Kollege, ich glaube, wir merken, dass es Ihnen offenbar nicht ganz so ernst mit dem Thema ist, wie wir es für notwendig halten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/9226 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/9256 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/9257 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Eine Enthaltung?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich habe mich zu Wort gemeldet!)

– Sie haben sich gemeldet. – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir haben jetzt 18.00 Uhr.

(Zurufe von der SPD: 17.59 Uhr!)

– Welche Uhrzeit gilt jetzt?

(Josef Zellmeier (CSU): Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Kabarett!)

– Ist das eine Erklärung zur Abstimmung für die Fraktion?

(Josef Zellmeier (CSU): Für mich!)

– Für Sie persönlich. – Herr Kollege Zellmeier hat sich zu einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

(Heiterkeit)

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mit voller Überzeugung bei der Haltung der CSU. Wir wollen übrigens auch das Gleiche wie die FREIEN WÄHLER. Ich möchte an dieser Stelle nur betonen, dass das Wort "dringlich" bei den Dringlichkeitsanträgen manchmal etwas irreführend ist. Bei dem Antrag, den die CSU eingebracht hat, handelt es sich tatsächlich einmal um einen Antrag, der dringlich ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklärung zur Abstimmung! – Diana Stachowitz (SPD): Wollen Sie vielleicht sagen, dass Sie dem Antrag doch zugestimmt haben?)

Warum Herr Kollege Professor Dr. Gantzer dies infrage stellt, verstehe ich nicht. Deshalb war es eigentlich die Pflicht eines jeden Kollegen hier, dem zu folgen, weil hier eine Dringlichkeit gegeben ist. Entsprechend war auch mein Abstimmungsverhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir haben bereits abgestimmt. Unsere vereinbarte Endzeit 18.00 Uhr ist nun erreicht. Ich kann somit den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/9227 betreffend "3. Startbahn: Klarheit für die Menschen – Entscheidung jetzt!" nicht mehr aufrufen. Er wird daher in den federführenden Ausschuss verwiesen. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9228 bis einschließlich 17/9233 und die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9258 bis einschließlich 17/9260 werden ebenfalls in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich schliesse damit die Sitzung und wünsche der CSU-Fraktion eine friedliche und besinnliche Weihnachts-



Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/9231

**Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbe-
zug“ schaffen**

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/9231 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt